



AUSGABE 10/2022 – 09. DEZEMBER

LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,



GÜNTER RUDOLPH

Fraktionsvorsitzender

die Generaldebatte zum Landeshaushalt dient immer auch einer kritischen Bestandsaufnahme der Arbeit der amtierenden Regierung. Das Ergebnis dieser Bestandsaufnahme war aus Sicht der SPD-Fraktion erwartungsgemäß negativ. Warum wir das so sehen, können Sie in dieser Ausgabe von „Plenum aktuell“ nachlesen.

Es gibt aber auch Positives zu berichten: Die demokratischen Fraktionen im Hessischen Landtag sind können in Krisenzeiten parteiübergreifend zusammenzuarbeiten. Unsere Fraktion hatte der Regierungskoalition aus CDU und Grünen bereits im September angeboten, gemeinsam die Menschen und die Unternehmen in unserem Land von den explodierenden Gas- und Strompreisen zu entlasten. Tatsächlich haben wir zusammen mit den Fraktionen von CDU, Grünen und FDP ein hessisches Hilfsprogramm auf den Weg gebracht, das einen Härtefallfonds zum Schutz vor Energiesperren, Darlehenshilfen für kleinere Unternehmen sowie die Unterstützung von Vereinen, Verbänden, Initiativen

und Projekten in den Bereichen Sport, Kultur, Bildung, Soziales und Umwelt vorsieht. Zudem soll es ein Kündigungsmoratorium für die Mieterinnen und Mieter von Wohnungen in öffentlicher Hand geben. Daneben erhalten die hessischen Tafeln sowie die Verbraucherzentralen und Schuldnerberatungen mehr Geld.

Die Landesregierung will die von den vier Fraktionen erarbeiteten Eckpunkte weiter ergänzen und plant im Haushalt insgesamt 200 Millionen Euro für das hessische Hilfsprogramm ein. Klar ist: Das wird wahrscheinlich nicht reichen. Deswegen bleiben wir bereit für weitere Gespräche.

Das politische Signal unserer fraktionsübergreifenden Zusammenarbeit aber ist deutlich: Demokraten halten in der Krise zusammen.

Mit herzlichen Grüßen
Ihr Günter Rudolph



DAS SCHWARZGRÜNE ENDSPIEL HAT BEGONNEN

SCHWACHER HAUSHALTSENTWURF

In der so genannten „Generaldebatte“ zu Beginn der Haushaltsberatungen für die Jahre 2023 und 2024 griff der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Günter Rudolph, die amtierende Landesregierung scharf an.



Ein Landeshaushalt stelle immer ein in Zahlen ausgedrücktes politisches Programm dar – und das schwarzgrüne Programm hinter dem Haushaltsentwurf 2023/2024 sei überaus schwach, kritisierte Rudolph. „Unser aller Leben wird seit fast drei Jahren von der Corona-Pandemie und deren Folgen bestimmt. Und seit dem 24. Februar dieses Jahres müssen die Menschen weltweit, in Europa, in Deutschland und in Hessen zusätzlich noch die Auswirkungen von Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine ertragen. Aber selbst im Angesicht von gleich zwei globalen Krisen und ihren verheerenden Folgen bleibt Schwarzgrün ideenlos, mutlos und ohne Ansatz für einen großen Wurf. Dabei bräuchte Hessen, bräuchten die Menschen und die Unternehmen in unserem

Land dringend eine Regierung, die imstande ist, ein großes Ziel zu formulieren – und zu erklären, auf welchem Weg man es erreichen will.“

Der wichtigste Grund für die Lethargie der amtierenden Landesregierung sei deren Uneinigkeit, so Rudolph. Der Vorrat an politischen Gemeinsamkeiten zwischen CDU und Grünen sei nach neun Jahren der Zusammenarbeit unübersehbar erschöpft. „Wir sehen eine schwarzgrüne Koalitionsdämmerung, ein Regierungsbündnis, das sich müde und zerstritten in das letzte Jahr der Wahlperiode schleppt. Symptomatisch dafür war es, als vergangene Woche der Fraktionsvorsitzende der Grünen gleich zwei CDU-Minister, nämlich den Innenminister und den Justizminister, für ihre gemeinsame Forderung nach Einführung der anlasslosen Vorratsdatenspeicherung per Pressemitteilung zu rechtgewiesen hat. Wenn der eine Koalitionspartner dem anderen öffentlich ‚befremdliches Verhalten‘ vorwirft, dann ist das Ende nicht mehr weit. Letztlich hält CDU und Grüne nur noch der Wunsch nach Machterhalt zusammen – und der Hang zum Verfassungsbruch: Von dem eindeutig verfassungswidrigen Corona-Schattenhaushalt, den der Staatsgerichtshof kassiert hat, über die verfassungswidrig niedrige Besoldung hessischer Beamtinnen und Beamter und die mutmaßlich ebenfalls verfassungswidrige Konstruktion der Hochschule für öffentliches Management und Si-

cherheit bis zur verfassungsrechtlich zweifelhaften Einsetzung eines politischen Beamten als Präsident des Landeskriminalamtes – immer wieder ist dieser Landesregierung die eigene Macht wichtiger als die verfassungsmäßige Ordnung unseres Staates.“

Dazu, die Zukunft zu gestalten, sei das erschöpfte Regierungsbündnis aus CDU und Grünen nicht mehr in der Lage, stellte Günter Rudolph fest. „Der Auftrag der Wählerinnen und Wähler an eine Landesregierung ist es, die Gegenwart zu strukturieren und die Zukunft zu gestalten. Gerade in schweren Zeiten braucht das Land eine Regierung, die mehr will, als das Bestehende zu bewahren, die bereit ist, sich vom Althergebrachten zu lösen und die Zukunft neu zu denken. Das alles können CDU und Grüne nicht mehr – falls sie es denn überhaupt je konnten. Hessen kann mehr, Hessen braucht mehr – mehr soziale Verantwortung, mehr Ideen, mehr Mut und mehr Klarheit. Es ist gut, dass die hessischen Wählerinnen und Wähler im Herbst nächsten Jahres über eine neue Landesregierung entscheiden können. Die SPD ist bereit, für dieses Land Verantwortung zu übernehmen.“



BEZAHLBARE MOBILITÄT



In der Landtagsdebatte zur Einführung eines flächendeckenden Sozialtickets im ÖPNV für Hessen hat der verkehrspolitische Sprecher unserer Fraktion, Tobias Eckert, klargestellt, dass ein bezahlbares Mobilitätsangebot für alle Bürgerinnen und Bürger in Hessen ein elementarer Bestandteil für gesellschaftliche Teilhabe ist. Tobias Eckert sagte: „Das bundesweite Deutschlandticket, das im kommenden Jahr eingeführt wird, ist bereits ein großer Schritt in die richtige Richtung unternommen. Gleichzeitig bleibt es aber eine

zentrale Aufgabe, insbesondere für das Land Hessen, die Gerechtigkeitslücken, die weiterbestehen, zu schließen. Es geht darum, wirklich allen Bürgerinnen und Bürgern die Entscheidung für den ÖPNV leicht zu machen und so die Mobilitätswende in Hessen aktiv zu unterstützen. Ein Anfang wäre es, das Schülerticket wirklich allen Schülerinnen und Schülern zur Verfügung zu stellen – unabhängig von der Entfernung zwischen Wohnort und Schule. Dass die Ungerechtigkeit hier fortbesteht, liegt letztlich am amtierenden Verkehrsminister und daran, dass für ihn und den Rest der Landesregierung die Mobilitätswende in Hessen und die hiermit einhergehende Teilhabe keine Priorität haben.“

GLEICHBERECHTIGUNG KERNSANIEREN



„Das Hessische Gleichberechtigungsgesetz muss kernsaniert werden, die vorgelegte Novellierung von Sozialminister Klose ist vollkommen unzureichend“, sagte Nadine Gersberg, frauenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion. Eine Unterstützung bei der Kinderbetreuung löse aber bei Weitem nicht die Probleme, die bei der Umsetzung des Gesetzes entstünden. „Personalmindeststandards nach Bevölkerung und Fläche und eine Mindestausstattung an finanziellen Mitteln sind notwendig.“ Auch das Bestellungsverfahren der Frauenbeauftragten gehöre auf den Prüfstand.

EINBÜRGERUNGEN ERLEICHTERN



Günter Rudolph begrüßt die Pläne der Bundesregierung, Einbürgerungen zu erleichtern und Deutschland für ausländische Fachkräfte attraktiver zu machen: „Deutschland ist ein Zuwanderungsland, auch wenn das nicht ins Weltbild der Konservativen und

der Rechtspopulisten passt. Mindestens 400.000 zusätzliche Arbeitskräfte braucht unser Land in den nächsten Jahren. Wer will, dass die deutsche Wirtschaft weiter funktioniert, der muss den jahrelangen Reformstau bei den Regeln für Zuwanderung und Einbürgerung auflösen.

Wer will, dass Deutschland ökonomisch Weltspitze bleibt, der muss für ein modernes Staatsbürger- und Einwanderungsrecht eintreten. Menschen die gut integriert

sind, sollen auch gute Chancen in unserem Land bekommen. Die Zielsetzung dieses Gesetzes ist die Integration von Anfang an.

Aber selbstverständlich wollen wir irreguläre Migration reduzieren und reguläre Migration ermöglichen. Die nächste Stufe in diesem Prozess ist ein modernes Einbürgerungsrecht, das Mehrstaatlichkeit toleriert.

Ich weiß nicht, was man dagegen haben könnte – außer einem ideologischen Weltbild, wie es sich rechts von der SPD leider öfter findet, als für unser Land gut ist.“

Einigung beim UKGM?



Die Parlamentarische Geschäftsführerin und gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Dr. Daniela Sommer, blickt skeptisch auf die mutmaßliche Einigung zwischen der Landesregierung und der Rhön-Klinikum AG über die künftige Finanzierung des UKGM: „Es scheint so, als habe die Landesregierung sich selbst und den

Beschäftigten am UKGM eine weihnachtliche Atempause erkaufte. Es ist gut, dass betriebsbedingte Kündigungen und die Ausgliederung von Arbeitsplätzen nun bis Ende Februar vom Tisch sein sollen. Aber eine verlässliche, dauerhafte Lösung sieht natürlich anders aus.“

Die vergangenen Monate hätten gezeigt, dass die Rhön AG die milliardenschwere Asklepios-Kliniken-Gruppe, willens seien, ihre wirtschaftlichen Interessen am UKGM mit aller Härte zu verfolgen – und dass die Landesregierung dem wenig bis nichts entgegenzusetzen habe. „Wie viele seiner Forderungen das Land am Ende wirklich durchsetzen kann,

bleibt abzuwarten. Wichtig ist vor allem, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter so schnell wie möglich wieder sicher sein können, dass ihnen das UKGM eine dauerhafte berufliche Perspektive bieten kann, und dass die umfassende Versorgung der Patientinnen und Patienten sichergestellt wird.

Ein schneller Vertragsabschluss ist in diesem Sinne wünschenswert – aber nur, wenn die Landesregierung die berechtigten Interessen der Beschäftigten erfolgreich vertreten kann. Das Verhalten der Verantwortlichen auf Seiten des Landes, allen voran von Grünen-Ministerin Angela Dorn, gibt allerdings allen Anlass, zunächst skeptisch zu sein.

UPDATE DRINGEND NOTWENDIG

HESSISCHES SCHULGESETZ

In der Debatte zum Hessischen Schulgesetz kritisierte Christoph Degen: „Die Landesregierung hält sich für nicht zuständig für die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf ganztägige Betreuung von Grundschulkindern. Mit der Novellierung hätten CDU und Grüne ein klares Signal senden können, dass sie bereit sind, Verantwortung zu übernehmen und Klarheit zu schaffen. Stattdessen verpassen sie dem Schulgesetz nur ein sanftes Facelift. Aus dem schlichten Gesetzentwurf hätte sogar ein richtig guter und zu-



stimmungsfähiger Entwurf werden können. Aber Schwarzgrün weigert sich, Verantwortung für die Umsetzung des Rechtsanspruchs und die digitale Lernmittelfreiheit für alle Schülerinnen und Schüler zu übernehmen.“ Nach dem Willen der Koalition solle es weiter vom Geldbeutel der Eltern und der Finanzstärke des Schulträgers abhängen, ob, welche und wie viele digitale Endgeräte in den Klassenzimmern zum Einsatz kämen. Das Prinzip „Bring Your Own Device – BYOD“ aus dem Gesetz sei in der Anhörung heftig kritisiert worden.

IMPRESSUM:

SPD-Fraktion im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden

REDAKTION:

Christoph Gehring (verantwortlich),
Martina Häusel-David,
Isabel Kunkel,
Luisa Neurath,
Christina Schäfer,
Cord Wilke.

BILDER:

Angelika Aschenbach,
Christof Mattes,
SPD-Fraktion.